

Vossische



Zeitung

15 Pfennig

Geogründer

1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint wöchentlich zwölfmal; Sonntags mit der Illustrierten Beilage „Die Weltbilder“. Sonntags Beilage: Finanz- und Handelsblatt mit Kurzsattel der Berliner Börse und amerikanischem Funkmarkt. Umschau in Technik und Wirtschaft, Literarisches Umschau. Recht und Leben, Turnen — Sport — Spiel, Für Reise und Wanderung.

Wöchentlich 1 L. — Goldmark durch Umsatz höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Geldmark. Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Geldmark. Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Geldmark. Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Geldmark.

Verlag Ullstein & Co. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantwortl. Redakteur: Ernst D. Handelex. Carl Liech. Berlin. Ullstein. Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn Porto beiliegt.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstr. 22-26

Fernsprech: Zentrale Ullstein, Amt Dönhofs 8600—8605, für den Fernverkehr Amt Dönhofs 860—865. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheckkonto Berlin 660.

Sonnabend Unterzeichnung.

Drahtmeldung.

London, 28. August. (R. T. 2.)

Neuer erfährt: Nach den bisherigen Vereinbarungen soll das Londoner Abkommen am Sonnabend mittags im Außenwärtigen Amt unterzeichnet werden.

Nur die britische Regierung wird der Ständige Untersekretär im Außenministerium Sir Eyre Crowe unterzeichnen. Die Alliierten und Deutschen werden durch ihre Botschafter und Gesandten vertreten sein.

Französische Befürchtungen.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung“.

Paris, 28. August.

Der „Temps“ äußert im Beizartikel Bedauern über die englische Kampagne gegen den Dawes-Plan wegen der angeblichen fälschlichen Absichtungen der Londoner Vereinbarungen auf die englische Währungsreform. Das Blatt bemerkt dazu, es werde Verriet nicht schwer fallen, die englischen Finanzen über die deutschen Sachleistungen zurückzuführen, falls Ramsay MacDonald sich wirklich in Genf davon unterhalten sollte, wie der „Daily Express“ willig will. In Deutschland würde es einen unheilvollen Eindruck machen, wenn die Verbündeten es den Deutschen verwehren wollten, nach ihrer wahren Stellungsberechtigung zu produzieren, um zu verurteilen. In einem solchen Falle würde die Deutschen notwendig dazu gezwungen, dem Standpunkt des Römischen Erzbischofs beizutreten, nach dem Deutschlands Aufstufung unmöglich sei, so lange England nicht beizieht ist. Der „Temps“ hofft, Ramsay MacDonald werde bestreiten englischen Forderungen, die die wahren Friedensnotwendigkeiten und die wahren Bedürfnisse Englands verkörpern, Widerstand leisten. Es wäre unverständlich, wenn die Londoner Vereinbarungen in London selbst „gerichtet“ würden, nachdem sie in Paris und Berlin zur Annahme gelangt sind.

Briand Delegierter in Genf.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung“.

Paris, 28. August.

Die Frage der Zusammenkunft der französischen Botschafter- und Delegierten ist heute vormittag im Ministerium, der unter dem Vorsitz des Präsidenten der Republik im Einzelfall, einmütig geregelt worden. Allen Ansehen nach werden in letzter Stunde noch bestimmte Personennamen zu regeln, um die von Verriet erstrebte Zusammenkunft zu ermöglichen. Briand habe zuerst abgelehnt, in die Delegation einzutreten. Verriet wollte an seiner Stelle den Kommissionspräsidenten V. L. zum Delegierten ernennen, aber Briand, der über die Gründe der Ablehnung Briands offenbar unterrichtet war, regte neue Schritte bei Briand an, welche dann auch Erfolg gehabt haben. Es verläutet, Briand habe seine Annahme davon abhängig gemacht, daß er erst nach Genf kommen wird, wenn der erste Fall der Beratungen, bei welchen die Ministerpräsidenten Verriet und MacDonald die Hauptrolle spielen werden, vorüber ist. Schon vor einiger Zeit wurde berichtet, daß Briand es vorzuziehen ablassen würde, in einer von Verriet geleiteten Delegation die zweite Rolle zu spielen, daß er aber seine Bedenken beseitigen habe, in eine von dem republikanischen Betreuer Bourgeois geleitete Delegation einzutreten. Nach dem Beschluß des heutigen Ministerials und Verriet nicht als Chef der französischen Delegation, sondern als „Regierungsrat“ nach Genf gehen.

Der Delegierte ist jetzt Jean Bourgeois, zweiter Delegierter Briand, der Leiter der französischen Abgeordnete Paul Doumer.

Zweittretende werden Doumer, Senator Henri de Jouvenel und der radikale Senator Maurice Sarraut, früher Kolonialminister, ernannt. Dazu kommen delegierte Delegierte, nämlich der linksrepublikanische Abgeordnete V. Annet, der sich jetzt Jahren mit den internationalen Verwicklungen beschäftigt und französischer Delegierter bei der Konferenz in Barcelona war, dann der Vertreter von der Reichsregierung in Lille, C. Esfain, in seiner Eigenschaft als Präsident des Kriegsheimkehrerverbands, der besonders an den Bestimmungen über die Sicherheit und die Abklärung teilnehmen soll, und der Führer des Gewerkschaftsbundes Jouhaux.

Die Delegation wird am Sonntag abend nach Genf abreisen. Verriet fährt am Dienstag von Lyon nach Genf.

Erst heute Schlußabstimmung.

Die Deutschnationalen unsicher?

In Weisheit ist gefahren die Entscheidung noch nicht gefallen. Die dritte Lesung der Dawes-Gesetze hat noch ausführliche Reden von der Ministerial- und lange Darlegungen der Parteileitenden gebracht, so daß nichts übrig blieb, als die Schlußabstimmung auf heute zu versetzen.

Nach menschlichem Ermessen wird sie keine Änderung der Parteikonstellationen ergeben. Freilich ist die Haltung der Deutschnationalen innerlich immer unsicherer geworden. Es mag sie noch anfangen den Reichstagen erweisen wollen, als ob sie noch auf dem hohen Stand der prinzipiellen Unerschütterlichkeit stünden. Es ist auch noch gegen sich eilig zwischen Berufenen und unberufenen Vermittlern hin und her verhandelt worden. Man wollte wissen, daß annähernd ein Drittel der Deutschnationalen zu einem positiven Votum bereit sei, sofern sich ein Vorwand für den Umfalle finde.

Daß die Deutschnationalen Anträge, die gestern eingebracht wurden, als Brücke dienen könnten, ist ausgeschlossen. Sie bedeuten nur eine andere Form der Ablehnung der Londoner Vereinbarungen. Denn sie wollen zur „Reinigung“ ihres Inkonsistenzes „sich Abmachungen in völkerrichterlicher, bindender Form“, was nach der Naturgemäßheit höchstens bis zum 10. Januar zu erreichen habe. Und außerdem soll das sogenannte „Schuldenzerentnis“, „sicherlich widerzulegen“ werden. Solche Anträge sind Wahnsinn, die den wirklichen Teilhaben verweisen lassen.

Und trotzdem war gestern die Auffassung härter vorbereitet, als bisher, daß es die Deutschnationalen doch nicht auf eine Auffassung ankommen lassen wollen. Sie setzen unter einem sehr harten Druck der industriellen Kreise, und die erhaltene Landbund-Druck sollen in den letzten Tagen sehr nachdrücklich geworden sein. Daß die Fraktion gefahren Herrn Dr. Quast als Redner vorzuziehen, der erst im April sein deutschnationales Herz entbiete, nachdem die Deutsche Volkspartei keine Wiedereinstellung abgelehnt hatte, wurde darauf zurückgeführt, daß die erhaltene Persönlichkeiten der Partei sich zurückzuziehen nicht wollten. In dem früheren Standpunkt der Bundeskammer in Genf dazu, die großen Ziele zu fördern, die in seinem Munde noch unweigerlich klingen, als sonst. Als nicht ausgeschlossen gilt auch eine Scheidung innerhalb des deutschnationalen Lagers, zu dem Zweck, bei den Wahlen den deutschnationalen Wählern die Möglichkeit zu bieten, deutschnational zu bleiben und doch für das Londoner Abkommen einzutreten. Alle diese Möglichkeiten werden erörtert. Ob sie Gestalt gewinnen, muß sich heute entscheiden.

Die Bemerkung im rechtsradikalen Lager ist groß und man kann nur wünschen, daß nichts geschieht, was eine klare Scheidung verhindert. Es muß erfolgen, wenn die interparteiliche Verbindung angeht, die außenpolitische Entspannung gefordert werden soll. Die Gefahr, daß eine Reichstagsauflösung durch die Regierung das Londoner Abkommen zu völligem Abbruch führen würde, kann als beiläufig gelten. Die Zeitgenossen werden die Unter-

stützung des Kabinetts Marx vorläufig akzeptieren, in der Erwartung, daß das deutsche Volk die Unterfertigung ratifizieren wird. Die Autorität einer Regierung der Mitte, deren Mehrheit durch Neuwahlen eine entsprechende Verärgerung erfährt, hat bei Verhandlungen mit dem Ausland unendlich viel mehr Gewicht, als ein Kabinett, das sich mit deutschnationalen Wählern befreit müßt.

Zwischen Reichsaußenminister Graf Seemann und dem Führer der Deutschnationalen, Dr. Berg, hat gestern abend, wie es heißt, auf eine Vertagung der Deutschen Volkspartei hin eine Zwischenrunde stattgefunden. Unmittelbar nach der Plenarsitzung ist die Deutschnationale Fraktion zu einer kurzen Beratung zusammengetreten, in der Befristung anstehend nicht gefast worden. Heute wird die Fraktion eine Stunde vor der Plenarsitzung neuerlich tagen.

Man kann zusammenfassend nur sagen, daß jede Prognose für die heutige Abstimmung durchaus unsicher ist. Man muß, schon deshalb, weil offenbar die Deutschnationalen sich noch nicht selbst gefast haben, auf eine Entscheidung der Deutschnationalen Fraktion heute für das Eisenbahngesetz verzichten. Es ist nicht ausgeschlossen, daß dadurch eine inoperative Zwischenfrist aufstehen kommt, aber nicht gerade wahrscheinlich. Es steht noch immer fest danach aus, als ob die Fraktion morgen keine Leiche abgeben, d. h., daß er aufgeführt werden wird. Aber man muß auch auf jede Ueberraschung gefast sein.

Vom Nachrichtendienst des Vereins Deutscher Zeitungsverleger wird folgende Mitteilung ausgegeben:

Die Mitglieder der Deutschnationalen Reichstagsfraktion versammelten sich am Donnerstag abend nach Schluß der Plenarsitzung zu einer informellen Versammlung, in der Beschlüsse nicht gefast wurden. Eine Fraktionsführung wird am Freitag vor Beginn der Plenarsitzung stattfinden. Dem Vorsitzenden, daß die am Donnerstag mit dem Außenminister Dr. Graf Seemann gefasteten Besprechungen zu einem Umfaltung in der Haltung der Fraktion geführt hätten, wird von deutschnationaler Seite entschieden widersprochen und betont, daß die Gesellschafter der Fraktion bei der Ablehnung auch der Reichstagskommission in letzter Linie ersichtlicher ist.

Die Verhandlungen mit den Führern der Volkspartei gehen weiter. Die entscheidende Stellungnahme der Fraktionen sowohl der Volkspartei wie der Deutschnationalen erfolgt in den Fraktionsführungen am Freitag vormittag, die bereits um 9 Uhr ihren Anfang nehmen, und die voraussichtlich auch nach bei Beginn der Plenarsitzung weiterbauen werden.

Die Schlußberatung beginnt heute vormittag 10 Uhr. Den Bericht über die heutige Reichstagsung veröffentlichten wir auf der zweiten Seite der ersten Beilage.

Wie es kam.

Von
Hilfer Alt-Dr. Brodau,
Mitglied des Reichstags.

Ein Zeit der rechtsheftigen Presse schiebt mir die Schuld zu an den fanatischen Vorgängen in der Mittwochsung des Reichstags. Ich soll sie durch unbestimmten „Widerstand“ gegen die fortwährende Erteilung des nationalsozialistischen Antrags Dr. Friedl verursacht haben. Abgesehen davon, daß ich, ohne Beschluß vom Präsidenten gerichtet zu werden, in der Mittwochsungsdarstellung erlaube, finde meinen Widerstand als eine lobenswerte Gemeinheit zu bezeichnen.

Der Widerstand war gerechtfertigt und im Interesse der Wahrung der Würde des Reichstags geradezu geboten. Meine Fraktionsangelegenheiten sehen, wie die Erklärung unseres Vorsitzenden noch in der Mittwochsungsdarstellung ergibt, hierbei durchaus hinter mich. Der Sachverhalt, der aus den Zeitungsberichten dieser nicht genau erkennbar gewesen ist, war folgender:

Die Wählenden wie die Kommunisten haben alsbald nach dem Zusammentraten des Reichstags Anträge gestellt. Die Kommunisten verlangten scharflich die Freilassung aller politischen Gefangenen, der wählende Antrag nur Straffreiheit für die Verurteilten, die an den „Jugendnationalen“ Sozialparteiangehörigen von Hitler und Mühsen im voricaa Diöber und November

mitgeteilt haben. Die Anträge sind vom Reichstagspräsidenten behandelt und abgelehnt worden, das Plenum aber hat den Aufschubtrag noch nicht erledigt.

Dr. Friedl brachte nun am Mittwoch den Antrag ein, die Anwesenheitstagen an den Reichstagsausgängen zur anderweitigen Beratung zurückzuverweisen, und er verlangte, daß dieser Antrag, der nach der Geschäftsordnung erst am Donnerstag hätte auf die Tagesordnung gesetzt werden können, bereits am Mittwoch behandelt wurde, damit der Reichstagsausgänger sich nach am Mittwoch mit der Sache weiter befaßt.

Das war nur möglich, wenn niemand widersprach. Schon die Begründung des frischen Antrages zeigt auf diesen Widerspruch. Dr. Friedl behauptete, es habe niemand sich, daß der Reichstag am Donnerstag im Einverständnis mit der Regierung dem Eisenbahngesetz den verfassungswidrigen Charakter absprechen und das Gesetz mit einfacher Mehrheit annehmen und dadurch die Eisenbahnen im besterhalten Gebiete annehmen werden.

Diese Begründung brachte er in höflichem Tone vor, indem er weiter sagte, der Reichstag habe, wenn er die Separatisten im besten Gebiet annehmen wollte, nun die Separatisten, die politischen Gefangenen im unbesten Gebiet unverzüglich zu befreien.

Was Dr. Friedl als „höflich“ bezeichnet, war eine unzulässige Unterstellung. Das Schicksal der Dawes-Gesetze fand am Mittwoch so wenig fest wie zur Stunde, da diese Jellen gestrichlen werden. Der Reichstagsausgänger hätte bei dieser Sachlage sich am Mittwoch mit